

Pressepiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **16.08.2021 / KW 32**

„Die Presse“, 16.8.2021

LEITARTIKEL

VON IRIS BONAVIDA



Wie erfolgreich der U-Ausschuss war, muss das Parlament zeigen

Nach dem Verfahrensrichter haben jetzt auch die Parteien schriftlich ihr Fazit über den Ibiza-Ausschuss gezogen. Im Herbst muss das Konsequenzen haben.

Es gibt zwei Möglichkeiten, die Debatte zu beenden. Um festzustellen, ob der Ibiza-U-Ausschuss neue Erkenntnisse gebracht hat, wie beinahe alle Parteien in ihren Abschlussberichten behaupten. Oder ob die These der ÖVP stimmt: dass der Ausschuss bloß die Steuerzahler Geld und die Abgeordneten Zeit gekostet hat.

Der schnelle Weg führt zurück in den März 2020, als die ersten Akten an das Parlament geliefert worden sind. Jeder und jede kann für sich einige Fragen beantworten: War damals schon bekannt, wie Thomas Schmid zuvor seinen Wechsel aus dem Finanzministerium an die Spitze der Staatsholding Öbag geplant und die Ausschreibungskriterien an seinen Lebenslauf angepasst hatte? Wusste man schon, dass die türkis-blaue Regierung und der Glücksspielkonzern Novomatic in einem Abhängigkeitsverhältnis standen – die einen mit der Aussicht auf Posten, die anderen mit der Hoffnung auf Gesetzesänderungen? Wie deutlich konnte man eine Linie ziehen, die Spenden an einen Verein mit einem Aufsichtsratsposten verbinden? Und stand das Akronym Prikras zu der Zeit buchstäblich nur für den Zungenbrecher Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds – oder auch stellvertretend für ein undurchsichtiges Konstrukt, von dem Förderer von FPÖ und ÖVP profitierten?

Das ist keine parteipolitische Interpretation, kein reißerisches Pamphlet von Gegnern der früheren Koalition. Sondern das nüchterne Fazit eines erfahrenen Juristen, der den Ausschuss beobachtet und begleitet hat.

Die Klubs gaben ihre Abschlussberichte zuletzt schriftlich im Parlament ab. Andreas Hanger veröffentlichte sein Papier noch nicht. Mündlich fasste er seine Erkenntnis aber schon zusammen: „Außer Spesen nichts gewesen.“ Das lässt zwei Schlüsse zu: Hanger will nicht einmal intransparente Vorgänge bei der FPÖ kommentieren. Oder er war schon unter Türkis-Blau über sämtliche Entwicklungen bestens informiert. Die Freiheitlichen zeigten zuerst mit dem Finger auf die ÖVP und legten die Hand danach schützend auf den Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache. Wer vom Untersuchungsgegenstand – der „mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Regierung“ – nicht umfasst ist, hatte eine bequeme Position. Die SPÖ nahm im Richterstuhl Platz und urteilte: Ja, Türkis-Blau sei käuflich gewesen.

Die rechtlichen Fragen wird die Justiz klären. Im Fall Prikras und Strache schon Ende August – es gilt die Unschuldsvermutung. Genauso wie in der Causa Stieglitz. Die Ermittler prüfen

Es gibt noch eine langwierigere Variante, um den Sinn des Ausschusses zu finden: einen Blick in den Bericht von Wolfgang Pöschl. Auf 872 Seiten arbeitet der Verfahrensrichter diese Fragen auf. Die Antworten sind deutlich: Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Regierung und Novomatic „führte nicht nur zur Vorstandsbestellung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo, sondern ermöglichte der Novomatic (...) die Aussicht auf eine wunschgemäße Änderung des Gesetzes.“ Im Fall Schmid wurde gegen die Ausschreibungsgrundsätze der Objektivität, Effektivität und Transparenz „mehrfach verstoßen“. Beim Unternehmer Siegfried Stieglitz konnte laut Pöschl „festgestellt werden, dass aufgrund der Spenden an Vereine bestimmte politische Handlungen bewirkt wurden“. Und: Beim Prikraf gab es einen „auffälligen zeitlichen Zusammenhang“ zwischen einer ÖVP-Spende und einer Gesetzesnovelle.

noch, ob sie Anklage erheben.

Über die politischen Erfolge des U-Ausschusses entscheidet das Parlament. Eine erste To-do-Liste können ÖVP und Grüne in ihrem Koalitionspakt nachlesen: Das Amtsgeheimnis soll abgeschafft werden. Der Rechnungshof braucht mehr Einsicht in die Parteikassen. Und das Kandidatenstrafrecht muss kommen: Demnach würde sich ein Politiker strafbar machen, wenn er korrupte Deals in Aussicht stellt – auch wenn er die nötige Funktion nicht innehat.

Auch der nächste U-Ausschuss selbst muss transparenter werden. Alle Parteien sprechen sich für eine Videoübertragung aus. Sie können es bald umsetzen. Damit sich in Zukunft jeder selbst ein Bild machen kann. Und nicht auf die Berichte anderer angewiesen ist.

E-Mails an: iris.bonavida@diepresse.com

„Der Standard“, 13.8.2021



Als Speerspitze der Opposition galten im U-Ausschuss Jan Krainer und Stephanie Krisper. Einen gemeinsamen Bericht legen sie aber nicht vor.

Fraktionen geben Ibiza-Berichte ab

Am Freitag endet die Frist für die Abgabe der Fraktionsberichte im Ibiza-U-Ausschuss. Zu erwarten sind nahezu gegensätzliche „Erkenntnisse“ – und ein Ausblick auf den nächsten Untersuchungsausschuss.

Fabian Schmid

Die FPÖ war der Musterschüler – zumindest zeitlich. Schon vergangenen Dienstag legte Fraktionsführer Christian Hafenecker den blauen Bericht zum Ibiza-Untersuchungsausschuss vor, der aus einem Frontalangriff auf die ÖVP und einer umfassenden Entlastung der eigenen Partei samt ihrem Ex-Chef Heinz-Christian Strache bestand.

Welche Schlüsse die anderen Parteien aus den 56 Ausschusssitzungen gezogen haben, lässt sich derzeit nur erahnen. Allzu viel über die eigenen Berichte wollen die Fraktionsführer auf Anfrage nicht erzählen – immerhin werden sie meist öffentlich per Pressekonferenz vorgestellt. Eine solche kündigten für Freitag bereits der SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer und sein türkisches Pendant Andreas Hanger an.

Zu erwarten ist, dass die Journalistinnen und Journalisten bei den beiden Pressekonferenzen sehr unterschiedliche Interpretationen der Ereignisse zu hören bekommen werden. Die ÖVP wird sich in ihrem Bericht dem Vernehmen nach nicht

nur auf die Inhalte des U-Ausschusses, sondern auch auf das Beweisverfahren an sich fokussieren. Die türkise Fraktion hat offenbar analysiert, wie viele der gelieferten Chats aus dem Smartphone von Ex-Öbag-Chef Thomas Schmid – aus ihrer Sicht – konkret mit dem U-Ausschuss zu tun hatten und welche nur „abstrakt relevant“ waren. Letztere sollen deutlich überwiegen, so die türkise Deutung.

Persönlichkeitsrechte

„Das Thema Persönlichkeitsrechte spielt für uns jedenfalls eine große Rolle“, verrät Hanger vorab dem STANDARD. Die ÖVP werde ihren Bericht aber auch dafür nutzen, „ins Leere gegangene Anzeigen und Sachverhaltsdarstellungen“ aufzuzählen und die „Novomatic in ein richtiges Licht“ zu rücken; Stichwort: wichtiger Steuerzahler, Arbeitgeber und Sponsor von Kulturinitiativen und karitativen Organisationen.

Die SPÖ sieht das bekanntlich anders, sie vermutet politische Absprachen zwischen Glücksspielbranche und Politik. In diese Richtung ging

auch der Bericht des Verfahrensrichters, der bereits vor zwei Wochen vorgelegt wurde. Er schrieb darin von einem Abhängigkeitsverhältnis zwischen der türkis-blauen Regierung und Novomatic.

Auch die Grünen arbeiten mit Hochdruck an ihrem Bericht; Fraktionsführerin Nina Tomaselli hegte in der Vergangenheit ein besonderes Interesse für Privatisierungsüberlegungen rund um die ARE, die Tochterfirma der staatlichen Bundesimmobiliengesellschaft. „Zu Beginn des Ibiza-Ausschusses haben wir uns nicht erwartet, dass wir so viele Belege für die mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung finden werden. Haben wir aber“, sagt Tomaselli. Entsprechend groß sei der Arbeitsaufwand für den Bericht gewesen: „Wir schlagen uns die Nächte um die Ohren und arbeiten bis zur allerletzten Minute.“

Die Neos werden die Abgabe ihres Berichts als einzige Partei ohne Pressekonferenz begehen – das liegt auch daran, dass Fraktionsvorsitzende Stephanie Krisper noch auf Urlaub ist. Der Idee eines gemeinsa-

men rot-pinken Berichts wurde vonseiten der Neos eine Absage erteilt; zuletzt war in Zwischentönen bei Parteichefin Beate Meinl-Reisinger auch Kritik am U-Ausschuss zu hören. Von „Ibiza 2.0“ ist sie kein Fan, im ORF-Sommergespräch plädierte sie für einen Corona-Ausschuss.

Debatte im Nationalrat

Die Fraktionsberichte werden nach ihrer Abgabe den erwähnten Auskunftspersonen vorgelegt, die dazu noch ergänzende Kommentare abgeben können. Dafür läuft wiederum eine zweiwöchige Frist. Offiziell beendet wird der U-Ausschuss dann durch die Vorlage der Berichte an den Nationalrat. Die nächste Plenardebatte ist für 22. September geplant, zurzeit ist Sommerpause.

Rasch danach könnte es dann zur Einsetzung eines neuen U-Ausschusses kommen; die SPÖ bräuchte dafür die Neos oder die FPÖ als Partner. Zu einer Fortsetzung des Ibiza-Ausschusses haben sich Rot und Blau offen bekannt, eine solche Koalition könnte jedoch innerhalb der SPÖ für Unruhe sorgen.

„www.meinbezirk.at“, 13.8.2021



Neue öffentliche Defi-Station vor dem Lokal der Admiral Sportwetten in Wien-Meidling
Andreas Huber

Foto: www.puls.at, Christian Bader

hochgeladen von

Verein Puls und Admiral Sportwetten erhöhen Zahl lebensrettender Defibrillatoren

Atemstillstand und Bewusstlosigkeit aufgrund von Herzrhythmusstörungen kann jeden treffen, egal ob alt oder jung. Entscheidend für das Überleben eines plötzlichen Herzstillstands ist oft die rasche Verfügbarkeit eines Defibrillators. Seit mehr als zehn Jahren setzt sich der Verein Puls für die flächendeckende Verfügbarkeit dieser Geräte ein. Am 12. August 2021 ging vor dem Lokal der Admiral Sportwetten in der Meidlinger Hauptstraße 75 eine neue und jederzeit öffentlich zugängliche Defi-Station in Betrieb. Hinzu kamen neun weitere Standorte in Wien. Den richtigen Defi-Einsatz zeigt das Reanimationstraining im PulsZentrum am 18. August um 18 Uhr.

Anmeldung zum Reanimationstraining:

www.puls.at/puls-reanimationstraining-so-einfach-retten-sie-leben/

Ort:

PulsZentrum, Lichtentaler Gasse 4/1/R03 (Eingang um die Ecke – Salzergasse), 1090 Wien

Alle Infos:

www.puls.at

„www.insidersport.com“, 12.8.2021



Red Bull Salzburg becomes Admiral Sportwetten's latest partner

By Ted Orme-Claye - August 12, 2021

Austrian **Bundesliga** club **FC Red Bull Salzburg** has become the eight team in the country's top-flight to partner with sports betting operator **Admiral Sportwetten**.

The agreement will see the duo collaborate until 2023, with Admiral replacing Salzburg's former official sponsor, fellow sports betting firm **bet-at-home**.

"Admiral Sportwetten is not only the new Bundesliga competition sponsor, but has also been an official partner of FC Red Bull Salzburg since the start of the season," remarked **Stephan Reiter**, Managing Director of FC Red Bull Salzburg, speaking to Austrian outlet sportbusiness.at.

"We are delighted about this commitment to Austrian football with a company that cares about the sport very much, and we hope that we will work together successfully."

Part of the **Novomatic Group**, Admiral Sportwetten has maintained a strong foothold in Austrian professional football for some time. Prior to linking with the 15-time Austrian champions, the firm inked ongoing agreements with **SK Rapid Wien**, **FK Austria Wien**, **SK Sturm Graz**, **LASK**, **Admira**, **WAC** and **SKN St. Pölten**.

Additionally, the firm recently became a partner of the top-flight Bundesliga, and also having held the title sponsorship of the Austrian national women's team since 2017.

"It is with great pleasure that we are starting our new partnership with the Austrian series champions FC Red Bull Salzburg," said **Jürgen Irsigler**, Admiral Sportwetten Managing Director.

"From the first discussions we were very impressed by the enormous professionalism of the club's structure and how it implements projects creatively and quickly. It makes us proud that Admiral now has a partnership with the country's most successful national and international club for years."

He added: "It is without a doubt another clear commitment to Austrian football and clearly underlines our motto to be one of the biggest 'partners of sport' in Austria."

„Der Standard“, 11.8.2021

FPÖ ohne Selbstkritik, aber mit Attacken auf ÖVP

Die FPÖ hat eine 150-seitige Bilanz zum Ibiza-U-Ausschuss vorgelegt. Sie sieht einen „tiefen Staat“ der ÖVP und verteidigt auch Strache. Dem Verfahrensrichter wirft die FPÖ teils unfaire Wertungen vor.

Theo Anders, Jan Michael Marchart, Fabian Schmid

Knapp einen Monat nach Ende der Beweisaufnahme und etwas früher als nötig hat die FPÖ am Dienstag ihren Bericht zum Ibiza-Untersuchungsausschuss präsentiert. Sie ist damit die erste Fraktion, die nach dem Bericht des unabhängigen Verfahrensrichters eine umfassende politische Bewertung der parlamentarischen Befragungen sowie der an den U-Ausschuss gelieferten Akten vorlegt.

Auf 150 Seiten wird die freiheitliche Sicht auf Causen der türkisch-blauen Ära – von Postenbesetzungen über Prikräf bis Parteipenden – dargelegt. Wobei die grundsätzliche Argumentationslinie recht einfach ist: volle Attacke auf den Ex-Koalitionspartner ÖVP, vehemente Verteidigung des eigenen Regierungshandelns. Selbstkritische Töne findet man nicht, auch Vorwürfe gegen den in Ungnade gefallenen Ex-Parteichef Heinz-Christian Strache lässt die FPÖ nicht gelten.

Vergleich mit Mafia

Wie kritisch man den ehemaligen Koalitionspartner mittlerweile sieht, zeigte sich schon während des Ausschusses. Unter dem Titel „Der Schwarze Faden“ fokussierte sich die FPÖ in Youtube-Sendungen vor allem auf die Untersuchung von ÖVP-Verbindungen. Diese hätten einen „tiefen Staat“ gebildet, indem sie sich die „totale Kontrolle über die Exekutive, die Judikative“ sowie das Finanzministerium gesichert hätten. „Du bist Familie“: Diese Chatnachricht des jetzigen Finanzministers Gernot Blümel (ÖVP) an den damaligen Finanzgeneralsekretär Thomas Schmid rückt die FPÖ in den Kontext der Mafia. „La famiglia“ sei „gemeinhin die Bezeichnung der italienischen Mafia, ‚la familia‘ beschreibt auch südamerikanische Verbrechersyndikate oder Drogenkartelle. Sie alle haben eines gemeinsam: Wer dazugehört, ist ‚Familie‘, wer nicht dazugehört, wird bekämpft, im schlimmsten Fall getötet“, schreibt die FPÖ. Und: „Es ist wenig glaubwürdig, dass Blümel diesen Konnex nicht gekannt hat bzw. dass er die Bezeichnung nicht bewusst gewählt hat.“



Kein blauer Postenschacher

Ganz anders sieht die FPÖ ihre eigene Rolle. So wird etwa die Bestellung des FPÖ-Bezirksrats und Finanzmanagers Peter Sidlo zum Finanzvorstand der teilstaatlichen Casinos AG (Casag) in hellen Farben gezeichnet. Sidlo sei „ein bestqualifizierter Kandidat“ für den Posten gewesen und aufgrund seiner hohen Expertise nominiert und dann auch gekürt worden.

Strache habe die Bewerbung seines Bekannten Sidlo bloß unterstützt, um zu verhindern, dass die Casag in ausländische Hände – also



Foto: APA/Fotinger

Christian Hafenecker ist der FPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Am Dienstag hat er die blaue Sicht auf die Erkenntnisse des parlamentarischen Kontrollorgans vorgestellt.

jene der tschechischen Sazka-Gruppe – gerät. Gewünschte Gegenleistungen seien damit nicht verknüpft gewesen, und einen Deal mit dem Glücksspielkonzern und Casag-Miteigentümer Novomatic habe es schon gar nicht gegeben. Die FPÖ sei von vornherein nicht in der Lage gewesen, der Novomatic in absehbarer Zeit Glücksspiellizenzen zu verschaffen, daher sei auch ein kolportierter Deal „Lizenzen gegen Sidlo“ unplausibel.

Der FPÖ-Bericht weicht hier deutlich von der Analyse des Verfahrensrichters Wolfgang Pöschl ab, der jüngst zum Engagement Straches und des türkisen Finanzministeriums für Sidlo geschrieben hat: „Insgesamt ergibt sich das Bild einer geradezu unabänderlichen Willensdurchsetzung auf Regierungsebene, gerade diesen Mann in diese Position zu bringen.“ Die FPÖ attackiert den Verfahrensrichter für diese Auffassung heftig. Pöschl habe Aussagen, die die FPÖ entlasten, nicht einbezogen und Auskünfte von Zeugen „tendenziös“ gewichtet.

Auch in der Causa rund um die Beförderung des Immobilienunternehmers Siegfried Stieglitz zum Asfinag-Aufsichtsrat versucht die FPÖ, den Eindruck von Postenschacher zurückzuweisen, den Chatnachrichten mit Strache nahelegen. Stieglitz hatte zuvor an einen FPÖ-nahen Verein gespendet. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn, er bestreitet die Vorwürfe. Die FPÖ ist sich keiner Ungereimtheiten bewusst und behauptet, Stieglitz sei wegen seiner Qualifikation Aufsichtsratsmitglied geworden.

Befragungen via Video

Im Schlusskapitel des Berichts nennt die FPÖ Vorschläge, um das Prozedere von U-Ausschüssen zu verbessern. So sollen rechtliche und technische Voraussetzungen geschaffen werden, um Videobefragungen möglich zu machen. Überdies sollen die Befragungen für die Öffentlichkeit im TV übertragen werden: Um den Persönlichkeitsschutz zu gewährleisten, kann sich die FPÖ „zeitversetztes Streaming“ vorstellen, das eine nachträgliche Anonymisierung bestimmter Passagen zulässt.

Umkehren will die FPÖ die Regelung, wonach der Verfahrensrichter vor den Abgeordneten die Erstbefragung von Zeugen übernimmt. Stattdessen sollen zunächst die Fraktionen reihum ihre Fragen stellen und erst danach der Verfahrensrichter am Zug sein, wenn für ihn noch etwas offen ist. Wenn es nach der FPÖ geht, soll bald ein weiterer U-Ausschuss eingesetzt werden. Er soll den externen Einfluss auf Beamte in Ministerien zum Thema haben.

„Der Standard“, 11.8.2021

Italien-Kapitel in der Causa Blümel noch offen

Außenamt fand keine Hinweise auf Hilfe für Novomatic beim Steuerproblem – Novomatic-Gründer weiß nichts von Interventionen

Renate Graber

Das einstige „Italien-Problem“ der Novomatic bzw. dessen Lösung beschäftigt die Ermittler in der Causa Blümel noch immer. Die Angelegenheit hat Finanzminister Gernot Blümel zum Beschuldigten gemacht, weil ihm der damalige Chef des Glücksspielkonzerns, Harald Neumann, am 12. Juli 2017 geschrieben hatte, er brauche einen Termin bei Kurz (*damals Außenminister, Anm.*) „erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“.

Das und weitere Chats lösten bei der WKStA den Verdacht auf Korruption aus; Blümel, Neumann und Novomatic bestreiten den Vorwurf. Dem Konzern stand damals in Italien eine hohe Steuernachzahlung

munikation auf Beamten- und Kabinettsebene mit dem italienischen Finanzministerium und allfällige Unterlagen zur dortigen Steuerprüfung. Blümel hatte ja Schmid ins Ersuchen Neumanns eingebunden: „Tu es für mich“, bat er ihn.

Tatsächlich erfolgte die Übergabe der riesigen sichergestellten Datenmenge am 26. März, für die Bearbeitung ist das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung (BAK) zuständig.

Auch Novomatic-Gründer Johann Graf nahm zur Steuer-Causa Stellung, am 23. März. Er betonte, er sei nicht ins operative Geschäft der Novomatic eingebunden und könne daher „nichts zu dem damals offensichtlich bestehenden ‚Problem‘ in Italien sagen“. Jedenfalls schloss er aus, sich „hier operativ eingebracht zu haben“. Treffen mit Kurz oder

ins Haus, laut Unternehmen schloss man im Dezember 2017 aber einen Vergleich. Zu einer Intervention des Bundeskanzlers oder Finanzministers sei es nicht gekommen.

Genau diesen Fragen gehen die Ermittler nach. Am 24. Februar, rund zwei Wochen nach der Hausdurchsuchung bei Blümel, schickten sie ein Amtshilfeersuchen ans Außenministerium (BMEIA), um zu eruieren, ob es dort zu einer Hilfeleistung oder Unterstützung für die Novomatic gekommen sei. Nein, lautete die Antwort am 4. März: Weder lägen im Ministerium noch in den Vertretungsbehörden in Italien für 2017 Akten (...) oder sonstige Hinweise über Kontakte mit bzw. Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Novomatic oder deren italienischer Tochter auf.

Blümel habe er „bis zum heutigen Tage“ nicht gehabt, schrieb Graf ans BAK, folglich könne er solche auch in dem Konnex ausschließen.

Anlässlich der Medienberichte habe er sich dann über die Steuer-Sache informiert, ließ der (indirekte) Novomatic-Eigentümer die Ermittler wissen. Auch er erklärte, dass es in Italien um die steuerliche Anerkennung konzernintern verrechneter Lizenzgebühren gegangen sei und dann „nur zu einer deutlich geringeren Steuernachzahlung“ gekommen sei. Graf: „Seitens der Politik ist es hier – so zumindest meine Information – zu keiner wie auch immer gearteten Unterstützung oder Interventionen gekommen“.

Das Verfahren der WKStA läuft noch. Bei Blümels Hausdurchsuchung kam laut *Kurier* nichts heraus.

Parallel dazu lief ab Anfang März die heikle Sicherstellung der Daten aus dem Finanzministerium unter Einbindung des Bundesrechenzentrums (BRZ). Da ging es laut Anordnung um Kommunikation von Thomas Schmid (*damals Generalsekretär im Finanzministerium, Anm.*) mit bestimmten Beamten sowie um Kom-

„Seitens der Politik kam es hier – so meine Information – zu keiner wie auch immer gearteten Unterstützung.“

Johann Graf